

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Der Baseler Friedenskongreß  
der Sozialistischen Internationale  
am 24./25. November 1912**

Egbert Jahn

3. Dezember 2012

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Robert-Mayer-Str. 5  
D-60054 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)  
Fax: +49-69-798 28460  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
[http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut\\_2/ejahn/](http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut_2/ejahn/)

## **Zusammenfassung**

Vor hundert Jahren, am 24./25. November 1912, fand in Basel ein kurzfristig einberufener Außerordentlicher Kongreß der Zweiten Sozialistischen Internationale statt, der sich ausschließlich mit der durch den Ersten Balkankrieg ausgelösten Weltkriegsgefahr auseinandersetzte. Dies war die letzte große, gemeinsame Friedensdemonstration der internationalen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, und sie ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Obwohl die Arbeiterbewegung ungleich stärker war als die weitgehend von ihr getrennt wirkende und traditionsreichere bürgerlich-aristokratische Friedensbewegung, erwies sie sich im August 1914 als ohnmächtig nicht nur gegenüber den Regierungen und Militärapparaten, sondern auch gegenüber der Kriegsbegeisterung in großen Teilen der Bevölkerung und in den gesellschaftlichen Organisationen, die nationale Gewalt- und Expansionspolitik unterstützten.

Bedeutsamer als die Schwäche der Arbeiter- und der Friedensbewegung waren die Unvereinbarkeiten ihrer Friedensvorstellungen und -strategien, die im Grunde bis heute bestehen. Einerseits sahen die Sozialisten die Abschaffung des Kapitalismus als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden an, andererseits wollten sie Kriege bereits in der bestehenden Gesellschaft verhindern. Sechs Mittel standen hierzu zur Debatte: Antikriegspropaganda, Massenkundgebungen, Verweigerung von Kriegskrediten, Generalstreik, Militärstreik und Aufstand.

Für den politisch-moralischen Bankrott der Sozialistischen Internationale beim Kriegsbeginn 1914 sind die Diskrepanz zwischen internationalistischer Rhetorik und Kriegsvorbehalt für den Fall der vermeintlichen nationalen Verteidigung und für den relativen gesellschaftlichen Fortschritt sowie die asymmetrische Stärke der Arbeiterbewegung verantwortlich. Die Sozialisten glaubten außerdem, die Regierungen mit der Warnung vor einer sozialistischen Revolution infolge des bevorstehenden Kriegselends von einem Krieg abhalten zu können. Schließlich meinten viele, das damals erreichte Ausmaß der Verflechtung der Weltwirtschaft konstituierte ein Interesse der Kapitalisten am Weltfrieden. Die vorherrschende Friedenszuversicht stand im Widerspruch zur gleichzeitigen Beschwörung der Weltkriegsgefahr.

Ihre Kenntnis der Bündniskonstellation hätte die Sozialisten befähigen können, ihr nationalpatriotisches Verhalten bei Kriegsausbruch vorherzusehen und Absprachen über eine gemeinsame Politik zur Kriegsbeendigung und für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen nach dem vorhergesehenen Stimmungswandel in der Bevölkerung zu treffen. Dies hätte vielleicht die Spaltung der Arbeiterbewegung mit ihren verheerenden Folgen: kriegsträchtige Friedensverträge, kommunistische und faschistische Diktaturen verhindern können.

## 1 Die eindruckvollste Friedenskundgebung vor dem Ersten Weltkrieg

Vor hundert Jahren, am 24./25. November 1912, fand in Basel ein kurzfristig einberufener Außerordentlicher Kongreß der Zweiten Sozialistischen Internationale statt, der sich ausschließlich mit der kurz zuvor durch den Ersten Balkankrieg ausgelösten Weltkriegsgefahr auseinandersetzte. In den Jahren zuvor waren mehrere Krisen, die zu einem Krieg zwischen den Großmächten zu eskalieren drohten (Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn, deutsch-französische Auseinandersetzung um Marokko, italienische Eroberung von Tripolis und Cyrenaica, Flottenrüstungswettlauf zwischen Deutschland und Großbritannien), diplomatisch beigelegt worden. Aber seit dem 17. Oktober hatte sich die internationale Lage durch den Angriff des Balkanbundes von Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro gegen das Osmanische Reich erneut zugespitzt, weil Österreich-Ungarn und Rußland und damit auch ihre Bündnispartner Deutschland sowie Frankreich und Großbritannien in ihn einzugreifen und ihn zum Weltkrieg auszuweiten drohten.

In Basel bekräftigten die 555 Delegierten, darunter wohl nur 19 Frauen,<sup>1</sup> aus 23 Nationen, die Bürger oder Untertanen von 17 europäischen Staaten<sup>2</sup> waren, in einem Manifest<sup>3</sup> die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses von 1907 und des Kopenhagener Kongresses von 1910, alles zur Verhinderung eines drohenden Krieges bzw. zur raschen Beendigung eines Krieges, falls er dennoch ausbrechen sollte, zu tun. Der Kongreß wurde durch eine internationale Demonstration mit rund 10-15.000 Teilnehmern unterstützt. Die Sozialisten diskutierten an den beiden Tagen keine zwischen ihnen strittigen Fragen. Die Versammlung wollte allein durch die einstimmige Akklamation des Manifests, das zuvor von einem internationalen Ausschuß verfaßt worden war, die Einheit, die Macht und den Friedenswillen der internationalen Arbeiterklasse demonstrieren. An ihr nahmen fast alle führenden Vertreter der sozialistischen Arbeiterparteien in Europa teil, so August Bebel, Jean Jaurès, James Keir Hardie, Victor Adler, Fjodor Dan, Lew Kamenew, Rosa Luxemburg, Camille Huysmans. Die Delegierten versammelten sich im Münster auf Einladung der kalvinistischen Kirchenvorsteher und der Regierung des Kantons Basel-Stadt, nachdem Pfarrer Täschler erklärt hatte: „Es ist eine vom christlichen Geist getragene Versammlung, die nachmittag hier tagen wird, selbst wenn sich Redner einer Ausdrucksweise bedienen, die uns fremdartig anmutet. Aber weil bei diesem Kongreß christliche Grundsätze und Ideen proklamiert werden sollen, darum begrüßen wir auch mit wahrer Sympathie die Männer, die zum Teil aus weiter Ferne zu uns hergereist sind.“<sup>4</sup>

Der Baseler Kongreß war die letzte große, gemeinsame Friedensdemonstration der gesamten internationalen, d. h. damals noch überwiegend europäischen<sup>5</sup> Arbeiterbewegung vor dem

Ersten Weltkrieg und sie ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Während der Krisen des frühen 20. Jahrhunderts bis unmittelbar vor Kriegsausbruch fanden in zahlreichen Städten große Manifestationen mit jeweils Zehntausenden bis zu 300.000 Teilnehmern statt.

In der Zweiten Sozialistischen Internationale waren seit dem 14. Juli 1889, dem Jahrhundertjubiläum der Französischen Revolution, fast alle sozialistischen Parteien vereinigt, die sich in vielen Ländern sozialdemokratische (Arbeiter-)Parteien nannten. Damals gab es vorwiegend nur in Europa sozialistische Arbeiterparteien. Die europäischen Staaten machten allerdings im November 1912 24 von insgesamt 59 Staaten der ganzen Welt aus, darunter 3 Kleinststaaten.<sup>6</sup> Einige dieser Staaten bildeten damals noch den Kern weltumspannender Kolonialreiche. Im Internationalen Sozialistischen Büro waren außer europäischen nur US-amerikanische und argentinische Sozialisten vertreten. 1914 existierten ansonsten noch stärkere sozialistische Parteien in Australien und Japan, schwächere in mehreren lateinamerikanischen Ländern, in China und in Persien. In einigen Ländern gab es eine nationale Einheitspartei (Deutschland, Frankreich, Schweiz usw.), in anderen Ländern konkurrierten linke und rechte Flügelparteien (Bulgarien, Rußland) mit gleichem Hauptnamen, in wieder anderen mehrere Parteien unterschiedlicher Orientierung (Großbritannien, Italien). In Österreich-Ungarn gab es getrennte ethnationale Parteien der Deutschen, Tschechen, Polen usw., in Rußland der Polen, Finnen, Juden und der übrigen Rußländer. Alle Parteien waren national völlig autonom, obwohl sich manche als Sektionen der Internationale bezeichneten. Der internationale Organisationsgrad war extrem niedrig, im wesentlichen auf die Kongresse im Zwei- bis Vierjahresturnus beschränkt. Erst seit 1900 gab es ein Internationales Sozialistisches Büro in Brüssel mit einem kleinen Sekretariat und einem unregelmäßig tagenden Exekutivkomitee, das äußerst geringe und unklare Entscheidungskompetenzen besaß und nur einen „Briefkasten“ der sozialistischen Welt darstellte.<sup>7</sup> Die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung mit ihrem Zentrum und ihrem rechten und linken Flügel wurde zwischen den Kongressen durch eine intensive Korrespondenz und häufige Treffen zwischen den führenden Persönlichkeiten der Parteien und durch ausländische Gastredner bei nationalen Kongressen und Kundgebungen hergestellt. Seit 1890 symbolisierten Demonstrationen am 1. Mai die internationale Einheit der Arbeiter.<sup>8</sup>

Die gesamteuropäische Krise infolge des Ersten Balkankrieges wurde nochmals in regem diplomatischem Verkehr mit einem Friedensvertrag in London am 30. Mai 1913 entschärft. Aber in nur leicht geänderter internationaler Konstellation standen sich dieselben Mächte nach einem zweiten kurzen Balkankrieg ab August 1914 dann wirklich im Großen Krieg gegenüber, der sich im April 1917 zum Weltkrieg ausweiten sollte und dem rund 10 Millionen

Menschen zum Opfer fielen. Gegen Ende des Krieges, seit dem Sommer 1918, starben weitere 25-50 Millionen Menschen auch in neutralen Ländern, an einer Grippepandemie, die durch die Truppentransporte und die sozialen Folgen des Krieges begünstigt wurde.

Trotz ihrer ständigen Warnungen vor einem Weltkrieg glaubten die führenden Sozialisten noch Ende Juli 1914, daß es den Diplomaten wieder wie in der vorausgegangenen Krisen gelingen werde, den neuerlichen Balkankonflikt beizulegen oder zu begrenzen. Nach den Kriegserklärungen Österreich-Ungarns an Serbien, Deutschlands an Rußland und Frankreich und Großbritanniens an Deutschland billigten die sozialistischen Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich ohne Absprache miteinander und im Widerspruch zu den Deklarationen der SI am 4. August die Kriegskredite. Die britischen Sozialisten folgten ihnen am 6. August. Die österreichisch-ungarischen und rußländischen Parlamente wurden gar nicht erst um ihre Zustimmung zu Kriegskrediten gefragt. Noch gravierender war, daß die meisten Sozialisten auch die Kriegspolitik ihres Landes mit Erklärungen und Zeitungsartikeln unterstützten; von gemeinsamer Kriegsgegnerschaft war keine Rede mehr.

## **2 Kontroverse sozialistische Vorstellungen vom Weg zum dauerhaften Weltfrieden**

Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung zwar zweifellos seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die stärkste gesellschaftliche Kraft, die einen dauerhaften Weltfrieden anstrebte und den drohenden Weltkrieg verhindern wollte. Sie war weit mächtiger als die traditionsreichere bürgerlich-aristokratische Friedensbewegung, deren Anfänge in den USA und in Großbritannien kurz nach dem Krieg von 1812-1814 zwischen diesen beiden Ländern zu finden sind und deren Vertreter sich seit 1843 zu regelmäßigen internationalen Friedenskongressen versammelten.<sup>9</sup> Die Parteien der SI fanden seit ihrer Gründung von Jahr zu Jahr enormen Zulauf. 1910 hatten sie 2,4 Mill. Mitglieder;<sup>10</sup> zur Zeit des Baseler Kongresses waren es 3,3 Mill.<sup>11</sup> und 1914 waren es 4,2 Mill.; die Anzahl ihrer Wähler bei den Parlamentswahlen war fast dreimal so hoch.<sup>12</sup> Hinzu kamen noch mehrere Millionen parteipolitisch nicht gebundene, teils aber sozialistisch gesinnte Gewerkschafter.

Demgegenüber versammelten die Organisationen der Friedensbewegung in den einzelnen Ländern kaum mehr als einige tausend oder zehntausend Mitglieder, strebten auch keine Massenmobilisierung gegen die Regierungspolitik an, sondern stellten sich eher in die modernisierte Tradition der Fürstenpädagogik, die seit der Renaissance die Herrschenden von ihren Friedensplänen zu überzeugen sucht. An die Stelle der Fürsten traten nunmehr Regierungen,

Parteien und Machteliten. Nur wenige Friedensfreunde bemühten sich vor 1914 um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, Druck auf die Regierungspolitik auszuüben.

Hundert Jahre nach dem eindrucksvollen Friedenskongreß der Zweiten Sozialistischen Internationale (SI) soll in aller gebotenen Kürze auf vier Fragen eingegangen werden. 1. Wie sollte nach den Vorstellungen der SI ein dauerhafter Frieden aussehen? 2. Wie sollte ein aktuell drohender Krieg verhindert werden? 3. Worin besteht das Versagen der SI vor und nach dem Kriegsausbruch 1914? 4. Was waren die Gründe für das Versagen der SI?

**2.1 Vorstellungen von einem dauerhaften Weltfrieden.** Ihre grundsätzlichen Auffassungen zu Krieg und Frieden hatte die SI auf ihrem Stuttgarter Kongreß 1907 dargelegt: „Kriege liegen ... im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist ...“.<sup>13</sup> Kriege seien vorwiegend aus dem Konkurrenzkampf kapitalistischer Staaten auf dem Weltmarkt zu erklären, bei dem die Unterjochung fremder Völker und Länder, also der Imperialismus, eine Hauptrolle spiele. Außerdem würden im Interesse der herrschenden Klassen Vorurteile der Völker gegeneinander genährt, also Nationalismus und kriegsbereiter Patriotismus. Auf dem Wege zur Schaffung einer dauerhaften Weltfriedensordnung wollte die SI die Rüstungen zu Wasser und zu Lande bekämpfen, Rüstungsausgaben und -kredite verweigern, die stehenden Heere durch eine nationale Volksbewaffnung ersetzen, die Schiedsgerichtsbarkeit bei zwischenstaatlichen Konflikten einführen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen und die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung, der internationalen Klassensolidarität und des Antimilitarismus erziehen. Dadurch sollten Angriffskriege unmöglich und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert werden. Dies würde aber letztlich nur im Sozialismus möglich sein.

Zwischen den Vorstellungen der Arbeiterbewegung und denen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung bestand vor 1914 eine unüberwindbare Kluft, die nur spärliche Kontakte zwischen ihren Vertretern, etwa in der Interparlamentarischen Union, erlaubte.<sup>14</sup> Während letztere eine dauerhafte Friedensordnung auf der Grundlage der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnungen schaffen wollte, waren die Sozialisten überzeugt, daß Weltfrieden nur durch die Überwindung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich sei. Sie entwickelten aber keine genaueren, gemeinsamen Vorstellungen von der staatlichen und Staatenordnung im Sozialismus. Manche Sozialisten sahen allerdings in der Schweiz ein Muster des Völkerfriedens im kleinen, das etwa austromarxistischen Politikern als Anregung für eine Umgestaltung des Habsburger Reiches zur demokratischen Vielvölkerföderation diene. Ein solches Vielvölkerreich in der Mitte Europas wiederum wurde als Experimentierfeld für

den Zusammenschluß aller Völker in der ganzen Welt verstanden.<sup>15</sup> Heute sehen manche die Europäische Union in dieser friedenspolitischen Rolle, die durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU in den nächsten Tagen unterstrichen werden soll.

Die Ideen zur Weiterentwicklung des Völkerrechts, zur Schaffung eines Staatenbundes (Völkerbundes) als Friedensbund und zur Förderung des Freihandels als Mittel zur Überwindung der Kriege hervorrufenden zwischenstaatlichen Anarchie, die im Zentrum der Bestrebungen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung standen, spielten in der SI so gut wie keine Rolle. Die noch stärker mit ihren liberalen Wurzeln verbundene Internationale Arbeiter-Assoziation (Erste Internationale) hatte noch „einen allgemeinen und freien Bund der Völker“ und eine „Konföderation freier Staaten“ in Europa gefordert.<sup>16</sup> Die SI propagierte lediglich eine vage Völkerverbrüderung und -solidarität. Sie machte auch keinerlei Anstalten, gemeinsame Vorstellungen von der Organisation einer sozialistischen Wirtschaft zu entwickeln, obwohl viele Sozialisten glaubten, die Abschaffung des Kapitalismus stünde unmittelbar bevor.

Formeln wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker verschleierten die Unfähigkeit oder die geringe Bereitschaft, sich mit konkreten nationalen Streitfragen wie Elsaß-Lothringen, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Armenien und die staatliche Zugehörigkeit oder Unabhängigkeit dieser Gebiete eingehend zu befassen. Die meisten Sozialisten unterstellten den Proletariern aller Länder ein genuines Friedensinteresse, so wie schon zuvor viele liberale Demokraten ein solches gemeinsames Interesse der Bürger annahmen, da sie die Hauptlast des Krieges im Interesse der Herrschenden trügen. Beide begreifen unvereinbare nationale Interessen lediglich als Ideologie im Interesse einer herrschenden Minderheit, die das Volk, die Massen, seien es Arbeiter oder Bürger – Besitz- und Bildungsbürger gleicherweise wie Staatsbürger –, im Geiste des Völkerhasses und nationaler Gegensätze erziehen und indoktrinieren. Sie stellen sich also nicht der Frage, inwieweit die Herrschenden real existierende Gegensätze zwischen den nationalen Interessen, Bedürfnissen, Emotionen, historisch gewachsenen Vorurteilen und politischen Vorstellungen der Massen und Völker selbst zum Ausdruck bringen und lediglich im einzelnen politisch gestalten und überzeichnen, aber nicht erzeugen.

**2.2 Mittel zur Kriegsverhinderung.** Auch wenn die SI erst in einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende der Kriege für möglich hielt, so wollte sie schon in der bestehenden bürgerlichen Klassengesellschaft Kriege verhindern. Im Formelkompromiß der SI-Resolutionen wurden nur die „am wirksamsten erscheinenden Mittel“ zur Kriegsverhinderung und gegebenenfalls der Kriegsbeendigung erwähnt. Konkret zogen die sozialistischen Parteien auf ihren internationalen Kongressen im wesentlichen sechs Mittel in Betracht: 1. Antikriegspropaganda

auf Flugblättern und in der Parteipresse, 2. Massenkundgebungen gegen den drohenden Krieg, 3. parlamentarische Verweigerung von Kriegskrediten, 4. Generalstreik,<sup>17</sup> 5. Militärstreik, 6. Aufstand (Insurrektion). Die ersten beiden Mittel waren unumstritten. Das dritte Mittel setzte eine Kompetenz des Parlaments für die Billigung von Kriegskrediten voraus, die es 1914 in Rußland und in Österreich-Ungarn nicht gab. Die übrigen drei Mittel waren höchst umstritten, da es den meisten Sozialisten klar war, daß ein Generalstreik und erst recht ein Militärstreik von jeder Regierung massiv mit Gewalt unterdrückt werden würde und beide nur erfolgreich sein könnten, wenn aus ihnen eine siegreiche Revolution, also ein Bürgerkrieg, hervorgehen würde. Aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse war bei einem Generalstreik mindestens mit Massenverhaftungen – die entsprechenden Verhaftungslisten lagen der Polizei bereits vor – und der Auflösung der sozialistischen Organisationen zu rechnen, bei einem Militärstreik nach Verhängung des Kriegsrechts sogar mit standrechtlichen Erschießungen.

Zu solchen Taten und Risiken waren die meisten Sozialisten vor 1914 eindeutig und bereits lange vor Kriegsausbruch klar erkennbar nicht bereit. Die öffentlichen Erklärungen der Internationale wie auch der nationalen Parteien waren durch einen revolutionär-ideologischen Überhang gekennzeichnet, der die tatsächlichen pragmatischen Denk- und Handlungsweisen der meisten Sozialisten und Arbeiter überdeckte und zur Selbsttäuschung führte.<sup>18</sup>

**2.3 Der Kriegsvorbehalt in der Arbeiter- wie in der Friedensbewegung.** Sowohl die meisten Sozialisten als auch die meisten Mitglieder der Friedensbewegung waren im übrigen keine prinzipiellen Kriegsgegner, sondern lediglich Gegner eines imperialen Angriffskrieges zur Eroberung neuer Territorien und wirtschaftlich-militärischer Machtsphären. So befürworteten prominente Führer der Sozialistischen Internationale schon vor 1914 in aller Offenheit den nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen und völkerrechtlichen Status quo. Manche bezogen in ihr Verständnis von Verteidigungskrieg auch die offensive militärische Verteidigung berechtigter nationaler Interessen mit ein, also die Erringung eines eigenen Nationalstaates oder die irredentistische Befreiung fremden Staatsgebiets, das sie für den eigenen Nationalstaat beanspruchten, mit oder ohne die Zustimmung der dort lebenden Bevölkerung.

Eine linke sozialistische Minderheit lehnte den nationalen Verteidigungskrieg in der weltpolitischen Situation des frühen 20. Jahrhunderts kategorisch ab, propagierte aber offen oder verdeckt den sozialrevolutionären Bürgerkrieg. So gab Karl Liebknecht ganz im Sinne Wladimir I. Lenins in seinem Brief an die kleine internationale Konferenz der Linkssozialisten in Zimmerwald bei Bern vom 6.-8. September 1915 die Parole aus: „Bürgerkrieg, nicht Burgfriede!“<sup>19</sup> Die Devise des revolutionären Bellizismus wurde auch klar von der in Zimmerwald



gebildeten Internationalen Sozialistischen Kommission im Dezember 1916 ausgedrückt: „Nur eine Macht kann die Regierenden zum Frieden bringen: die erwachende Kraft des internationalen Proletariats, sein entschlossener Wille, die Waffen des Krieges statt gegen den Bruder gegen den Feind im eigenen Land zu richten.“<sup>20</sup> Die gängige und oft im ersten Teil pazifistisch-allegorisch gemeinte Parole „Krieg (d. h. Kampf) dem Kriege!“ wurde hier wörtlich interpretiert: Internationaler Bürgerkrieg zur Verhinderung oder Beendigung des Staatskriegs der herrschenden Klassen. So erklärte die Resolution der linkssozialistischen internationalen Konferenz in Kienthal im Berner Oberland vom 24.-30. April 1916: „Aus diesen Erwägungen muß die Arbeiterklasse die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen.“<sup>21</sup> Daß die Bürgerkriege nach dem Weltkrieg nochmals Millionen Menschen das Leben kosten sollten, sahen diese in der Zimmerwalder Linken vereinigten Sozialisten, die späteren Kommunisten, in der SI nicht voraus. Sie ahnten auch nicht, daß die Bürgerkriege nicht in eine sozialistische Demokratie, sondern in eine kommunistische Partei- und Führerdiktatur münden würden, die nochmals Zigmillionen Menschen in der Sowjetunion und dann u. a. auch in China, Kambodscha mitten im Frieden das Leben kosten sollte.

Während es in der bürgerlichen Friedensbewegung eine Minderheit von prinzipiellen Gegnern jeglichen Kriegs, etwa aus den Friedenskirchen (Quäker, Mennoniten), gab, waren solche unbedingte Pazifisten<sup>22</sup> in der Arbeiterbewegung nur eine verschwindende Minderheit.<sup>23</sup> Der erst im Jahre 1901 von Émile Arnaud geschaffene Terminus Pazifismus<sup>24</sup> wurde vor 1914 in der Arbeiterbewegung nur selten für die eigenen Friedensbestrebungen benutzt. Die sozialistische Linke zog den Ausdruck Antimilitarismus<sup>25</sup> vor, wobei sie unter Militarismus<sup>26</sup> lediglich die militärische Organisation, das stehende Heer und die kriegsbereite Gesinnung in der Klassengesellschaft verstand. Sie befürwortete aber gleichzeitig ein Volksheer, den revolutionären Bürger- und internationalen Missionskrieg. Nach der Oktoberrevolution 1917 war sie für die sozialistische Vaterlandsverteidigung und damit folgerichtig auch die sowjetische Aufrüstung.

### **3 1914 – eine vergebene Chance der sozialistischen Kriegsverhinderung?**

Zunächst muß klar und deutlich gesagt werden, daß das Scheitern und Versagen der Sozialistischen Internationale nicht darin besteht, daß sie den Ersten Weltkrieg nicht verhindert und den erstrebten dauerhaften Weltfrieden nicht verwirklicht hat. Bei aller eindrucksvollen Mitglieder-, Anhänger- und Wählerschaft der sozialistischen Parteien vertraten sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung und nicht einmal die der Arbeiter. In der Redeweise vom Klassen-

kampf zwischen zahlreicher Arbeiterklasse und minoritärer Bourgeoisie wurde meist völlig übersehen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern nicht aus Arbeitern, sondern aus Bauern bestand. Außerdem verfügten die Sozialisten nicht über Regierungsmacht und über die staatlichen Gewaltapparate, um sie am Kriegführen zu hindern. Sie strebten auch keine Regierungsbeteiligung in der bestehenden internationalen kapitalistischen Gesellschaft an. Ausnahme blieben einige wenige, weithin in großen Teilen der Arbeiterbewegung geächtete sozialistische Politiker, die bald nach der Jahrhundertwende recht einflußlose Ministerposten in bürgerlichen Regierungen Frankreichs und weniger anderer Länder übernahmen. Das einzige wirkliche Machtmittel der Sozialisten bestand darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wie Hugo Haase am 15.11.1912 schrieb: „Ist ein Krieg unpopulär gemacht, ist die große Masse der Bevölkerung mit Widerwillen und Abscheu gegen ihn erfüllt, so hüten sich die Regierenden vor ihm; denn zum Siegen gehört Hurra-Stimmung, wie gerade der Balkankrieg von neuem gelehrt hat.“<sup>27</sup>

Das Versagen der sozialistischen Parteien und der Internationale 1914 besteht auch nicht in dem Ausbleiben von Massenaktionen gegen die Mobilisierung für den Krieg (General- und Militärstreik), die, hätten sie stattgefunden, in allen Ländern rasch und erfolgreich unterdrückt worden wären, sondern in der politisch-moralischen Kapitulation der meisten Sozialisten vor dem nationalen Kriegspatriotismus. Rosa Luxemburg faßte dies treffend in der sarkastischen Parole zusammen: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden, und schneidet Euch die Gurgel ab im Kriege".<sup>28</sup>

**3.1 Die These vom Stimmungsumschwung im August 1914.** Man hat oft von einem Stimmungsumschwung in der Arbeiterschaft als Folge der Regierungsentscheidungen zum Krieg gesprochen, der durch die kriegspatriotischen Äußerungen der rechten Sozialdemokraten allenfalls verstärkt, nicht verursacht worden ist. Dafür gab es auch manche plausible sozialpsychologische Erklärungen.<sup>29</sup> Eine Kehrtwende vom öffentlich bekundeten Protest gegen die Kriegsgefahr zur Kriegsbegeisterung<sup>30</sup> innerhalb weniger Stunden und Tage mag durchaus bei manchen Sozialisten und Arbeitern stattgefunden haben, aber insgesamt könnte es sich eher um einen Wechsel in der öffentlichen Hegemonie von Auffassungen durchaus unterschiedlicher Teile des Volkes und der Arbeiterschaft gehandelt haben. Beherrschten bis Ende Juli die Kriegsgegner mit ihren Kundgebungen die Straßen und Plätze der großen Städte, so waren es nach den Kriegserklärungen die Kriegsbefürworter, die ja mehrheitlich keinen Angriffs- und Eroberungskrieg wollten, sondern überwiegend nur zum vermeintlichen Verteidigungskrieg bereit waren. Sie hatten also bis zum Kriegsbeginn keinen Grund, öffentlich aufzutreten.

Demgegenüber verstummten die Kriegsgegner nach dem nicht mehr revidierbaren Faktum des Kriegsbeginns resigniert.<sup>31</sup> Es waren also vermutlich eher zwei verschiedene „Völker“, d. h. Volksteile, die vor und nach dem 1. August in den kriegsführenden Ländern auf den Straßen erst gegen und dann für den Krieg demonstrierten. Bei der Durchsicht der Teilnehmerliste am Baseler Kongreß fällt auf, daß viele seit 1914 führende nationale Kriegspatrioten gar nicht am Baseler Kongreß teilnahmen, so daß zu prüfen wäre, ob es nicht schon längst vor 1914 viele führende Sozialisten gab, die sich niemals für die Sozialistische Internationale engagierten. Bisher war das Augenmerk ausschließlich auf die Sozialisten fixiert, die im August 1914 einen plötzlichen Kursschwenk vom Internationalismus zum Nationalismus vollzogen.

**3.2 Kriegslegitimation im Namen des relativen gesellschaftlichen Fortschritts.** Für den Zusammenbruch der internationalen Solidarität der Sozialisten war nicht nur der jeweilige Nationalpatriotismus, also die Identifikation mit dem eigenen Staat und der eigenen Nation schlechthin verantwortlich, sondern hinzu kam die traditionelle marxistische und auch nicht-marxistische Legitimation des Krieges der (zumindest relativ) fortschrittlichen gegenüber der reaktionäreren Kriegspartei.<sup>32</sup> Die meisten französischen Sozialisten verteidigten die freiheitliche Republik und die britischen Sozialisten die parlamentarischen und recht großen Bürgerfreiheiten gegen die deutsche Militärmonarchie, dabei stillschweigend die Unterstützung des Zarismus in Kauf nehmend. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten verteidigten die Freiheiten ihrer Länder gegenüber dem russischen Despotismus und der Kosakengewalt, als deren Werkzeuge sie die französischen und britischen Armeen interpretierten. Nur die russischen Sozialisten hatten größte Schwierigkeiten, ihre nationale Sache als Sache der gesellschaftspolitischen Freiheit auszugeben und mußten den besonders aggressiven Charakter des preußisch-deutschen Militarismus anprangern. Diese Situation begünstigte in Rußland die radikale Position, alle Regime gleichermaßen für reaktionär zu erklären. So verteidigten fast alle Sozialisten subjektiv ab 1914 nicht nur die Sache ihres Vaterlandes und ihrer Nation, sondern auch die des relativen Fortschritts auf dem Wege zur sozialistischen Zukunft.

**3.3 Das Dilemma der asymmetrischen Stärke von nationalen Antikriegsbewegungen.**

Sporadisch wurde das Grundsatzproblem jeglicher Kriegsgegnerschaft schon vor 1914 erkannt: je fortschrittlicher und freiheitlicher ein Land und je stärker seine Antikriegsbewegung, desto mehr läuft es Gefahr, von dem Land besiegt zu werden, in dem jede Antikriegsbewegung rücksichtslos unterdrückt werden kann, weil entweder die Herrschenden zu mächtig oder die Antikriegsbewegung zu schwach ist. So konnte nach Auffassung des SPD-Parteivorstandes ein Generalstreik nur „die Niederlage desjenigen Landes herbeiführen, des-

sen Proletariat am besten organisiert ist und die Beschlüsse der Internationale am getreulichsten befolgt, zugunsten des am wenigsten sozialistischen und disziplinierten Landes.“<sup>33</sup> Dies Problem der asymmetrischen Stärke von Antikriegs- und Friedensbewegungen in verfeindeten Staaten besteht unabhängig davon, was jeweils unter fortschrittlich und freiheitlich verstanden wird, sei es Sozialismus oder freie Marktwirtschaft (Kapitalismus), Räte- oder parlamentarische Demokratie, Laizismus oder Herrschaft des rechten Glaubens. Kriegsgegner gelten deshalb den Kriegführenden oft als Parteigänger oder als nützliche Idioten ausländischer, feindlicher Herrscher und ihrer inneren und äußeren Gewaltpolitik, sofern sie nicht in einer recht liberalen Gesellschaft wie etwa der britischen im 20. Jahrhundert als politisch irrelevante, weil wenig zahl- und einflußreiche Außenseiter ignoriert und geduldet<sup>34</sup> werden.

Das Problem der ungleichen Stärke und Durchsetzungsfähigkeit von Gegnern eines bestimmten oder jeglichen Kriegs läßt sich nur lösen, wenn die Kriegsgegner ein Konzept des gleichgewichtigen Widerstands gegen beide einander gegenüberstehende Kriegsparteien oder ein effektives Konzept des gewaltfreien Widerstands gegen innere und äußere Gewaltpolitik entwickeln könnten. 1914 gab es jedenfalls nicht die geringsten Ansätze für eine Gleichgewichtigkeit der Kriegsgegnerschaft in der Arbeiterschaft und in der Friedensbewegung der kriegsbeteiligten Länder. Da alle diese Länder größere oder kleinere imperiale Kriegsziele besaßen, hieß einseitig wirksame Kriegsgegnerschaft faktisch die Unterstützung von Fremdherrschaft. Dementsprechend mußten die friedensbereiten Bolschewiki im März 1918 den brutalen Frieden von Brest-Litowsk in Kauf nehmen, von dessen harschen Bedingungen sie nicht durch die Pazifisten und Sozialisten, sondern durch die siegreichen Truppen der von ihnen als imperialistisch gescholtenen Regime Frankreichs, Großbritanniens und der USA befreit wurden.

Es ist dieses grundsätzliche Problem der asymmetrischen Stärke bzw. Schwäche der Kriegsgegner in den kriegsbereiten Gesellschaften, an dem die Sozialistische Internationale im August 1914 scheiterte. Sie versagte nicht durch den „Verrat“ der rechten („opportunistischen“, reformistischen, revisionistischen) sozialdemokratischen Führungen, wie die sozialistische Linke und die späteren kommunistischen Politiker und Historiker jahrzehntelang behaupten sollten.<sup>35</sup> Die Legende vom revolutionären Proletariat und dem „Verrat“ der rechten Sozialdemokraten wirft nicht einmal die Frage auf, weshalb die linken Sozialisten niemals ernsthaft daran dachten und denken konnten, selbst und eigenmächtig das angeblich revolutionäre Proletariat zum Generalstreik, zum Militärstreik oder zum bewaffneten Aufstand gegen sämtliche kriegswilligen Regierungen Europas aufzurufen. Tatsächlich waren nur äußerst geringe Minderheiten der Arbeiter 1914 zum revolutionären Bürgerkrieg gegen den Staatenkrieg bereit.

**3.4 Die Warnung vor einer Revolution infolge des Kriegselends.** In ihren Resolutionen vor 1914 warnten die führenden Sozialisten wiederholt die Regierungen und herrschenden Eliten, ein Krieg könne die Arbeiter in fürchterliche Not treiben und so zum bewaffneten Aufstand bewegen und ihre Herrschaft gefährden wie 1871 durch die Errichtung der Kommune in Paris und 1905 durch die russische Revolution.<sup>36</sup> So hatte schon Friedrich Engels 1887 weitsichtig geschrieben: “Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengefaßt in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet ... Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt...“.<sup>37</sup> Nur eine winzige Minderheit in der sozialistischen Linken erhoffte zynisch-sehnsüchtig einen großen Krieg, der die Arbeiter ins Elend und damit in die revolutionäre Empörung treiben und die sozialistische Gesellschaft herbeiführen würde, was die damals zyklisch auftretende kapitalistische Wirtschaftskrise offenbar nicht vermochte. Die Warnung der SI vor einer sozialistischen Revolution als Folge des Kriegselends übersah jedoch völlig, daß solche Revolutionen nur in den Ländern stattfinden, die einen Krieg verloren. Nicht der Krieg erzeugt eine revolutionäre Situation, sondern die militärische Niederlage in einem Krieg, die zur Desorganisation der staatlichen Gewaltapparate und zur Zerstörung der Legitimität der Herrschenden, die die Bevölkerung in das Elend gestürzt haben, führt. Die Revolutionsfurcht der Herrschenden mußte also ihren Durchhaltewillen im Krieg befördern und sie daran hindern, sich mitten im noch unentschiedenen Krieg auf einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einzulassen, der alle bisherigen Kriegsoffer desavouiert hätte.

**3.5 Die These vom ultraimperialistischen Interesse der Kapitalisten am Frieden.** Das geistig-moralische Versagen der meisten Sozialisten im August 1914 wurde dadurch begünstigt, daß sie annahmen, das Eigeninteresse der Herrschenden müsse sie von einem Kriegsabenteuer abhalten. In ihrem Denken spielte die Vorstellung eine wichtige Rolle, daß die internationalen Kapitalverflechtungen ein derart enges Interessennetz der Kapitalisten geschaffen habe, daß diese keinen Wunsch mehr besäßen, ihren Reichtum durch einen Krieg zerstören zu lassen. Karl Kautsky (1854-1938) gab diesem Gedanken in seiner Theorie des Ultraimperialismus Ausdruck.<sup>38</sup> Das entsprach völlig den Vorstellungen der führenden Theoretiker der Friedensbewegung wie Alfred H. Fried über den „organisatorischen Pazifismus“ oder

„wissenschaftlichen Pazifismus“.<sup>39</sup> Schon im frühen 19. Jahrhundert waren die Verfechter des Freihandels wie Richard Cobden (1804-1865) gleichzeitig oft Mitglieder oder Anhänger der Friedensbewegung gewesen. So erklärt sich, weshalb fast alle führenden Sozialisten und Pazifisten vom Kriegsbeginn völlig überrascht waren und ungläubig und gelähmt zur Kenntnis nahmen, daß gerade die rückständigsten monarchischen Regime bereit waren, politischen Selbstmord zu begehen. Ein halbes Jahrhundert später sollte David Mitrany denselben Gedanken der friedenschaffenden Wirkung internationaler wirtschaftlicher Verflechtung und wechselseitiger Abhängigkeiten mit seiner Theorie des Funktionalismus in die Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen einführen.<sup>40</sup> Er gilt seit 1945 als hartes Argument vom materiellen Interesse des Industrie- und Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne am Frieden, neben dem weichen Argument einer liberal-demokratischen Wertegemeinschaft, weshalb in der westlichen, kapitalistischen Welt keine Kriege mehr stattfinden können<sup>41</sup>.

**3.6 Der Widerspruch zwischen Kriegswarnung und Friedenszuversicht.** Der Widerspruch zwischen der häufigen Beschwörung der Weltkriegsgefahr und der gleichzeitigen Zuversicht, daß die Regierungen und Machteliten im Sommer 1914 wie in all den Krisen zuvor schon einen diplomatischen Ausweg aus der Krise nach dem Mord von Sarajevo finden würden, trug dazu bei, daß die Parteiführungen und das Internationale Sozialistische Büro noch in den letzten Tagen und Stunden vor Kriegsbeginn nicht wirklich mit einer Entscheidung der Regierungen zum Krieg rechneten. Dementsprechend hatten sie niemals gemeinsam Szenarien eines Kriegsbeginns und möglicher Reaktionen der SI und ihrer Mitgliederparteien durchdacht.

Auch von den Mitgliedern der Friedensbewegung, die seit Jahren vor einem drohenden Weltkrieg gewarnt hatten, aber gleichzeitig bis zum Kriegsbeginn glaubten, daß die Regierungen und Diplomaten ihn verhindern würden, gingen viele zum Kriegspatriotismus über; andere emigrierten in die Schweiz, wo allerdings kaum Kontakte oder gar gemeinsame Erklärungen der meist nur bedingten Pazifisten, also Friedensbewegten mit Kriegsvorbehalt, aus den kriegsbeteiligten Staaten zustande kamen, weil ihre Haltungen zur Kriegspolitik ihrer Regierungen unvereinbar waren.<sup>42</sup> Das Internationale Friedensbüro in Bern blieb genauso handlungsunfähig wie das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel bzw. danach in Den Haag.

#### **4 Die verheerenden Folgen des Versagens der Sozialistischen Internationale**

Das politisch-moralische und intellektuelle Versagen der sozialistischen Parteien, die mit so hehren Bekundungen gegen den Staatenkrieg und die Massenelend produzierende kapitalisti-

sche Wirtschaftsordnung angetreten waren, hatte verheerende moralische und politische Folgen. War es der SI vor 1914 gelungen, die Arbeiterbewegung organisatorisch weitreichend zu einen und die unterschiedlichen politischen Strömungen immer wieder zu Kompromissen zu drängen, so zerbrach die Einheit im August schlagartig, und zwar nicht nur in kriegspatriotische nationale Sektionen, sondern auch gesellschaftspolitisch in zwei Hauptzweige und zahlreiche kleinere politische Gruppierungen. Wäre die sozialistische Arbeiterbewegung einig und mit einer konsistenten, gemeinsamen Haltung zum Krieg aus dem Völkergemetzel hervorgegangen, wenn auch zu Beginn des Krieges möglicherweise vorübergehend organisatorisch zerschlagen oder gelähmt worden, so hätte sie einen viel größeren Gestaltungseinfluß auf die Nachkriegsordnung gehabt. So blieb es den bürgerlich-aristokratischen Kräften vornehmlich in Frankreich und Großbritannien überlassen, Friedensverträge abzuschließen, die den imperialen Hegemonieinteressen dieser beiden Großmächte entsprach.

Die sozialistische Linke radikalisierte sich zur bürgerkriegswilligen Partei und forcierte ihre endgültige Abspaltung vom sozialistischen reformistischen Zentrum und von der revisionistischen Rechten, ein Bruch, den sie durch die Übernahme der Namen Kommunistische Partei und Dritte Kommunistische Internationale symbolisch untermauerte. Im Januar 1918 brach die kommunistische Bewegung mit der parlamentarischen Demokratie, experimentierte wenige Monate mit der sozial selektiven Rätedemokratie und etablierte schließlich seit März 1921 eine Einparteindiktatur und im April 1934 schließlich für zwei Jahrzehnte eine barbarische, alle gesellschaftlichen Bereiche und Lebensverhältnisse durchdringende Führerdiktatur, der Zigmillionen Menschenleben zum Opfer fielen. Seit dem Ende der 1940er Jahre lebte ein Drittel der Menschheit in 15, später in 16 Staaten unter kommunistischer Herrschaft.

Der sozialdemokratische Hauptzweig der SI entschied sich nach 1914 klar für die parlamentarische Demokratie. Dennoch gelang es der Sozialdemokratie, in einigen Ländern mehr als ein halbes Jahrhundert zu regieren. In einem jahrzehntelangen Prozeß nahmen die meisten Sozialdemokraten Abschied vom sozialistischen Reformismus, also dem Ziel der Umwälzung (Revolution) der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Reihe von systemüberwindenden, parlamentarisch bzw. plebiszitär zu erwirkenden Reformen, die schließlich in den Sozialismus münden sollten. Sie gingen erst praktisch, dann auch ideologisch zum Reformkapitalismus und zum Ausbau des Sozialstaates in der sozialen Marktwirtschaft über. Wesentliche Elemente der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind heute selbstverständliche Bestandteile liberaler und konservativer, besitz- und bildungsbürgerlicher Politik geworden. Am Ende der kommunistischen Parteiherrschaft in Europa und Nordasien

übernahmen schließlich auch viele kommunistische Parteien die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik. Der demokratische Sozialismus, der das Ziel einer demokratisch organisierten sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung verfolgt, blieb das ganze Jahrhundert hindurch bis zum heutigen Tage ein niemals realisiertes gesellschaftliches Minderheitenkonzept.

Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung hat nicht nur über Jahrzehnte zur parteipolitischen und dann auch räumlichen Scheidung in einen kommunistischen „Osten“ und einen sozialdemokratisch mitgestalteten „Westen“ geführt. Schon bald nach 1917 standen sich Kommunisten und Sozialdemokraten manchenorts im Bürgerkrieg gegenüber, schließlich nach 1949 auch in der atomar gerüsteten Staatenkonfrontation des Ost-West-Konflikts. Eine weitere Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung war eine entscheidende Schwächung der gesellschaftspolitischen Kräfte, die sich dem Aufstieg der faschistischen und faschistoiden, den Angriffs- und Eroberungskrieg bejahenden Bewegungen und Parteien entgegenstellten.

## **5 Ein kontrafaktisches Szenario für ein alternatives Verhalten der sozialistischen Parteien bei Kriegsbeginn**

Ein sinnvolles kontrafaktisches Szenario, das alternatives Verhalten zum tatsächlich praktizierten durchdenkt, muß von den in der Vergangenheit bestehenden Realitäten, also auch von den Denkweisen der Handelnden ausgehen. Die sozialistischen Parteiführungen hätten schon vor dem Krieg ihre absehbare Ohnmacht bei Kriegsausbruch eingestehen und sich zu ihrer mangelnden Bereitschaft bekennen können, die unabsehbaren Risiken der politisch-moralischen Ächtung und vermutlich auch der politischen Unterdrückung der Sozialisten in ihrer jeweiligen nationalen Kriegsgesellschaft auf sich zu nehmen. Sie wußten, daß die offensichtliche Bündniskonstellation sie dazu zwingen werde, sich für den nationalen Verteidigungskrieg auszusprechen und die dafür notwendigen Kriegskredite zu genehmigen. Die Erlaubnis für die Minderheit, die sich der Stimme enthalten wollte, dies auch öffentlich zu tun, hätte ein Signal gegen die imperiale Kriegszielpolitik sein können. Aber die sozialistischen Führungen hätten sich wechselseitig zugestehen sollen und können, daß sie nach dem Scheitern der gemeinsamen Friedensbemühungen ihr jeweiliges Vaterland verteidigen wollten. Vor allem aber hätten sie schon vor dem Krieg ein Programm für einen Friedensschluß ohne Annexionen und Kontributionen veröffentlichen können, der die Institutionalisierung einer dauerhaften Weltfriedensordnung sowohl mit den Siegermächten als auch mit den besiegten und neutralen Staaten vorgesehen hätte. Ein solches Programm hätte auch einen Kriegsabbruch fordern können, der so manches Mal in der Geschichte realisierbar war. Die führenden Sozia-



listen antizipierten bereits lange vor Kriegsbeginn richtig, daß sämtliche Regierungen ihrem moralischen und politischen Bankrott durch das jahrelange Massensterben auf den Schlachtfeldern in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung entgegen gehen würden, gleichgültig ob sie letztlich militärische Sieger oder Besiegte waren. Mit einem gemeinsamen Programm zur friedlichen Neuordnung Europas und der Welt hätten die sozialistischen Parteien zumindest ein eminent starkes politisches Gewicht gegenüber den Verfechtern des Siegfriedens gehabt und sie hätten vielleicht die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung verhindern können, gegen die sich dann nach 1918 nur noch einige Kräfte in der USPD und in entsprechenden anderen politischen Parteien und Gruppierungen anderer Länder zu stemmen versuchten. Auch während des Krieges wäre eine friedenspolitische Kommunikation zwischen den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder nicht gänzlich unmöglich und nach dem Krieg war sie wieder fast unbeschränkt möglich.

## **6 Was bleibt von den Vorstellungen der Baseler Manifestation von 1912?**

Selbstverständlich hat sich die Welt seit 1912 völlig verändert: andere Großmächte und Bündniskonstellationen, andere Einstellungen der Regierungen und der Bevölkerung zum Krieg und vieles andere mehr, was in einer weiteren Vorlesung thematisiert werden soll. Die simple Kriegs- und Friedensursachenlehre vom Kapitalismus als der Welt des unvermeidlichen Krieges und vom Sozialismus als Welt des ewigen Friedens und der Beseitigung aller Gegensätze zwischen den Nationen und Klassen hat heute kaum noch Anhänger. Aus den mächtigen Arbeiterparteien sind längst Volksparteien oder aber Sektiererparteien geworden. Auch die Vorstellung, ein Krieg oder Weltkrieg ließe sich durch den Generalstreik, den Militärstreik oder den bewaffneten Aufstand, also den Bürgerkrieg der arbeitenden Klassen in den gegeneinander zum Krieg gerüsteten Staaten gegen aristokratisch-bürgerliche Regierungen und Machteliten verhindern, hat heute weitaus weniger Befürworter als vor hundert Jahren.

So bleibt von der beeindruckenden Manifestation im Basel vor allem haften, daß die Entwicklung und politische Demonstration des Friedenswillens einer potentiell überwältigenden Mehrheit aller Europäer und aller Menschen und ihrer parteipolitischen Vertretungen die Voraussetzung eines dauerhaften Weltfriedens ist, nicht nur die Entwicklung von Techniken und Institutionen des Konflikt- und Krisenmanagements für die Experten, Machteliten und Regierungen. Dies ist ein bleibendes Vermächtnis der Baseler Friedensmanifestation. Von Basel 1912 lernen heißt, ähnliche Fehler wie der Sozialistischen Internationale vermeiden zu lernen.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Zahl läßt sich nicht sicher benennen, weil nicht immer die Vornamen der Kongreßdelegierten aufgeführt sind, deren Namen im französischen Kongreßprotokoll aufgezeichnet sind: Bulletin périodique du Bureau socialiste internationale No. 12, 1912, S. 56-60. Nach dem Kongreß fand noch eine große sozialistische Frauenversammlung statt, siehe Mayoraz, Sandrine 2012: Frauen am Kongress und die Frauenversammlung im Bernouillanum, in: Degen, Bernhard u.a. (Hg.) 2012: Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität, Basel, S. 56-68.

<sup>2</sup> Wegen der kurzen Einberufungszeit des Kongresses konnten nur Delegierte aus europäischen Staaten anreisen. Von den im November 1912 bestehenden 21 Flächenstaaten in Europa kamen lediglich aus den im Krieg befindlichen Ländern Griechenland, Osmanisches Reich, Montenegro und Serbien keine Delegierten. Eigene Delegationen entsandten 6 Länder ohne eigene unabhängige Staatlichkeit: Böhmen, Bosnien, Finnland, Kroatien, Polen und Ungarn, siehe in: Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 55.

<sup>3</sup> Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß (Anm. 2), S. 23-27 und in: Humbert-Droz, Jules 1964: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien/ Köln/ Stuttgart/ Zürich, S. 11-16 sowie in: Degen 2012 (Anm. 1), S. 176-182.

<sup>4</sup> Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß (Anm. 2), S. 52.

<sup>5</sup> Im Internationalen Sozialistischen Büro waren außer Europäern nur US-amerikanische und argentinische Sozialisten vertreten. 1914 gab es ansonsten noch stärkere sozialistische Parteien in Australien und Japan, schwächere auch in mehreren lateinamerikanischen Ländern, in China und in Persien.

<sup>6</sup> Nach eigener Zusammenstellung von Daten aus vielen Quellen. In der Woche nach dem Baseler Kongreß proklamierte Albanien als weiterer Staat seine Unabhängigkeit.

<sup>7</sup> Haupt, Georges 1967: Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914, Wien/ Frankfurt/ Zürich, S. 22.

<sup>8</sup> Zum Beschluß und zur unterschiedlichen Durchführung der Maidemonstration in Verbindung mit der Debatte über einen politischen Generalstreik siehe Braunthal, Julius <sup>2</sup>1974: Geschichte der Internationale, Band 1, Berlin/ Bonn-Bad Godesberg, S. 254-257.

<sup>9</sup> Zur Geschichte der Friedensbewegung siehe Brock, Peter 1972: Pacifism in Europe to 1914, Princeton; Holl, Karl 1988: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt; Riesenberger, Dieter 1985: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen; Krippendorff, Ekkehart (Hg.) 1986: Pazifismus in den USA, 2 Bände, Berlin.

<sup>10</sup> Haupt 1967 (Anm. 7), S. 105.

<sup>11</sup> Subok, L. I. (Red.) 1983: Die Geschichte der Zweiten Internationale, Band 2, Moskau, S. 336.

<sup>12</sup> Haupt 1967 (Anm. 7), S. 105. Keir Hardie sprach in Basel von „15 Millionen sozialdemokratischen Wählern“, in: Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß (Anm. 2), S. 13.

<sup>13</sup> Braunthal <sup>2</sup>1974 (Anm. 8), S. 370.

<sup>14</sup> Zu den Berührungspunkten siehe im einzelnen Holl 1988 (Anm. 9), S. 89-94.

<sup>15</sup> Renner, Karl 1918: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich, 1. Teil. Nation und Staat, Leipzig/ Wien, S. 2 der Vorrede.

<sup>16</sup> Humbert-Droz 1964 (Anm. 3), S. 17 f.

<sup>17</sup> Ausführlicher hierzu Grunenberg, Antonia (Hg.) 1970: Die Massenstreikdebatte, Frankfurt.

<sup>18</sup> Zur Entstehung und auch zur Funktion dieses ideologischen Überhangs siehe Boll, Friedhelm 1980: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokraten vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn, S. 31-64.

<sup>19</sup> Humbert-Droz 1964 (Anm. 3), S. 158.

<sup>20</sup> Humbert-Droz 1964 (Anm. 3), S. 220.

<sup>21</sup> Humbert-Droz 1964 (Anm. 3), S. 205.

<sup>22</sup> Man nannte sie zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern auch extreme, absolute oder integrale Pazifisten. Für Ceadel sind sie allein wirkliche Pazifisten, so daß er die Pazifisten mit einem Kriegsvorbehalt Pazifisten mit dem ursprünglichen, sprachlich korrekten Ausdruck für diejenigen nannte, die *pacem facere* oder *pacificare* wollen, siehe Ceadel, Martin 1980: Pacifism in Britain 1914-1945. The Defining of a Faith, Oxford, S. 3. Pazifismus wurde später die gängige sprachliche Kurzform für unbedingte wie bedingte Friedensfreunde, wie man die Verfechter des Friedens noch im 19. Jahrhundert nannte. Für den Sprachgebrauch Ceadels plädiert Grotefeld, Stefan 2007: Pazifismus oder Pazifizismus. Replik auf Wolfgang Lienemann, in: Strub, Jean-Daniel/ Grotefeld, Stefan (Hg.): Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart, S. 102.

<sup>23</sup> Dabei handelte es sich überwiegend um Sozialisten aus christlicher Motivation, siehe Ceadel 1980 (Anm. 22), S. 46-56. Zu den prominentesten unter ihnen gehörte die Niederländerin Henriette Roland Holst (1869-1952), siehe Jochheim, Gernot 1986: Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion, Stuttgart, S. 52, siehe auch S. 47, 204.

<sup>24</sup> Holl 1988 (Anm. 9), S. 69; zur internationalen Einführung des Worts siehe: Ingram, Norman 1991: The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919-1939, Oxford, S. 6.

<sup>25</sup> Siehe z. B. Liebknecht, Karl 1907: Militarismus und Antimilitarismus. Unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Leipzig, Wiederabdruck in: ders. 1958: Gesammelte Reden und Schriften, Band 1, Berlin, S. 247-256..

<sup>26</sup> Alfred Vagts sah (1967: A History of Militarism, Civilian and Military, New York, S. 17) den Begriff Bellizismus als eigentlichen Gegenbegriff zu Pazifismus, während er als Gegenbegriff zu Militarismus Zivilismus erwähnte, ihn jedoch nicht weiter ausführte. Zu dem Versuch, den Zivilismusbegriff als umfassenderen Begriff für eine gewaltfreie Gesellschaftspolitik einzuführen siehe Jahn, Egbert 2009: Zivilismus – Ein Projekt zur Zivilisierung des Konflikts in der menschlichen Gesellschaft, in Baumann, Marcel M. u.a. (Hg.): Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie, Frankfurt, S. 18-22.

<sup>27</sup> Zitiert nach Haupt 1967 (Anm. 3), S. 67.

<sup>28</sup> Luxemburg, Rosa 2000: Der Wiederaufbau der Internationale (1915), in: dies.: Gesammelte Schriften, Band 4, 6. Aufl., Berlin, S. 20-32.

<sup>29</sup> Zum unterstellten Meinungsumschwung und seinen Erklärungen siehe z. B. bei Haupt 1967 (Anm.3), S. 172.

<sup>30</sup> Zur differenzierten Analyse der Kriegsbegeisterung siehe Verhey, Jeffrey 2000: Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg.

<sup>31</sup> Zur schwierigen Erkundung der oft auch in sich widersprüchlichen Stimmungen unter den deutschen sozialdemokratischen Parteimitgliedern siehe Boll 1980 (Anm. 18), S. 110-116.

<sup>32</sup> Vgl. Wette, Wolfram 1971: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz, S. 83, 87f.

<sup>33</sup> Haupt 1967 (Anm.3), S. 132.

<sup>34</sup> In Großbritannien verweigerten im Ersten Weltkrieg 16.500, im Zweiten Weltkrieg 60.000 den Kriegsdienst, die meisten, ohne Haftstrafen zu erleiden. Nur die wenigen Totalverweigerer wurden hart bestraft, siehe Ceadel 1980 (Anm. 22), S. 31, 301 f.

<sup>35</sup> Siehe z. B. Subok 1983 (Anm.11), S. 644-668 oder Bartel, Walter 1958: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin, S. 160-180.

<sup>36</sup> So im Baseler Manifest, in: Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß (Anm. 2) 1912, S. 26.

<sup>37</sup> Engels, Friedrich 1972: Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre ‚Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806-1807 (1887)‘, in: Marx Engels Werke, Band 21, Berlin, S. 350 f.

<sup>38</sup> Kautsky, Karl 1914: Der Imperialismus, in: Die Neue Zeit 32, Band 2, S. 908–922.

<sup>39</sup> Fried, Alfred H.: Handbuch der Friedensbewegung, 2 Bände, Berlin/ Leipzig <sup>2</sup>1911/13. Zur Bedeutung der Theorie Frieds siehe Riesenberger 1985 (Anm. 9), S. 49-55 und Holl 1988 (Anm. 9), S. 76-81.

<sup>40</sup> Mitrany, David 1966: A working peace system, Chicago. Der titelgebende Aufsatz erschien bereits 1943.

<sup>41</sup> Allerdings ist bis heute nicht eindeutig geklärt, ob der Verdichtungsgrad der europäischen und globalen kapitalistischen Vernetzung und wechselseitigen Abhängigkeit 1914 tatsächlich wesentlich geringer war als nach 1945.

<sup>42</sup> Holl 1988 (Anm. 9), S. 109 f.; Ingram 1991 (Anm. 24), S. 30-33.